Datum: Montag, den 24.10.2016

Ort: Scharnhorststraße 126, 48143 Münster, Hörsaal SCH 126.520

Beginn: 18:15 Uhr Ende: 19:45 Uhr Protokollantin: Maren Irle

Protokoll der 21. Sitzung (Dringlichkeitssitzung) des 58. Studierendenparlaments

Gemäß Einladung lautet die vorgeschlagene Tagesordnung wie folgt:

- 1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2. Annahme von Dringlichkeitsanträgen
- 3. Feststellung der Tagesordnung
- 4. Berichte aus den Ausschüssen
- 5. Berichte aus dem AstA
- 6. Weitere Berichte
- 7. Besprechung von Protokollen
- 8. Umbesetzung von Ausschüssen
- 9. Antrag auf Durchführung einer Urabstimmung §31 I. S.2 Nr.1
- 10. Antrag auf Durchführung einer Urabstimmung §31 I. S.2 Nr.2
- 11. Gescheiterte Satzungsänderung der Vertretungsregelung
- 12. Anträge auf Vergabe von Darlehen und Zuschüssen
- 13. Stundungs- und Ratenminderungsanträge
- 14. Rechtsschutzanträge

Anmerkung der Protokollantin:

Ergebnisse der Abstimmungen werden folgendermaßen gekennzeichnet: (Für-/Gegenstimmen/Enthaltungen)

Zu den Tagesordnungspunkten:

TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Um 18:30 Uhr sind 22 Parlamentarier und Parlamentarierinnen anwesend. Das StuPa ist damit beschlussfähig.

Folgende Parlamentarier innen sind anwesend:

		Von	Bis
	CampusGrün		
1	Budde, Jan Mark	-	-
2	Emmerich, Philip	-	-
3	Övermöhle, Stephan	18:30	Ende
4	Steinigeweg, Julia	-	-

5	Kerler, Myro	18:30	Ende
6	Döllefeld, Cedric	-	-
7	Davis, Linda Ann	-	-
8	Buschhoff, Laura Jane	18:30	Ende
	Die Liste		
1	Lenser, Philip Florian	18:30	Ende
2	Völkering, Marie	18:30	Ende
3	Philipper, Sebastian	18:30	Ende
4	Peistrup, Robert	18:30	Ende
5	Engels, Philip	18:30	Ende
	Juso-HSG		
1	Großmann, Almut	18:30	Ende
2	Güney, Selma	18:30	Ende
3	Engelmann, Julian	18:30	Ende
4	Abu Shelbayeh, Othman	18:30	Ende
5	Reiffs, Marieke	-	-
6	Hullermann, Anna	18:30	Ende
7	Kupke, Matthias	18:30	Ende
	LHG		
1	Czwikla, Paavo	18:30	Ende
2	Kubitscheck, Michael	18:30	Ende
3	Benninghoff, Julian	18:30	Ende
	RCDS		
1	Justus, Obergassel	-	-
2	Sebastian, Kunzmann	18:30	Ende
3	Elm, Valerie	18:30	Ende
4	Obergassel, Julius	18:30	Ende
5	Freese, Jörg Christian	18:30	Ende
6	Finkmann, Anne	-	-
7	Bals, Cedric	18:30	Ende
	DIL		
1	Yavuz,Orhan Yasin	-	-

TOP 2: Annahme von Dringlichkeitsanträgen

Die TOP 9 und 10 werden als Dringlichkeitsanträge gestellt.

Sebastian Kunzmann (RCDS):

Woraus ergibt sich die Dringlichkeit? Der Antrag von Fossil Free wurde erst vor 4 Tagen eingereicht, indem es um eine Urabstimmung geht. Für heute sehe ich keine Dringlichkeit. Matthias Kupke (Präsident des StuPa's):

Die Dringlichkeit besteht darin, diese Urabstimmung, falls dem zugestimmt wird, möglicherweise mit der StuPa-Wahl zu kombinieren, um die Kosten zu minimieren. Hierfür endet genau heute

Abend um 23:49 Uhr die Frist zur Bekanntmachung.

Myro Kerler (CG):

Es ist dazu geregelt, dass Anträge 21 Tage vor der Abstimmung eingereicht werden müssen. Andererseits muss die Wahl auch 35 Tage vorher bekannt gemacht werden. Ich möchte betonen, dass diese Dringlichkeitssitzung auf Antrag des AStA's geschieht und nicht gerechtfertigt werden muss.

Lukas Jerg (Wahlleiter des ZWA's):

Der Antrag, der 21 Tage vorher gemeint ist, ist die genaue Formulierung der Abstimmungsfrage. 35 Tage vorher muss bekannt gemacht werden, dass diese Wahl stattfinden soll. Es gibt keine Frist, bis wann der Antrag im StuPa eingehen muss, das kann zu jeder Zeit geschehen.

Sebastian Philipper:

Sebastian Kunzmann, du fragst jetzt also wirklich, ob wir eine Dringlichkeitssitzung stattfinden lassen sollen, obwohl wir und die Antragsteller nun alle hier hin gekommen sind? Ist das dein Ernst?

Sebastian Kunzmann:

Ich honoriere eine Urabstimmung und eine Unterschriftensammlung von über 3000 Studierenden so hoch, dass wir uns dafür hier hin bewegen. Nichtsdestotrotz müssen wir auch beachten, dass so eine Urabstimmung auch in Verbindung mit den StuPa-Wahlen einen erhöhten Aufwand darstellt, dass ein neuer Wahlausschuss und einen neuen Wahlleiter für die Urabstimmung abgestellt werden muss etc. Gibt es dazu gesicherte Ausführungen vom Schloss? Es scheint mir nicht genau geklärt zu sein.

Matthias:

Ja, es wurde mit dem Rektorat geredet, dazu kommen wir dann in der Besprechung zum Antrag. Im Zweifel ist das Präsidium, der AStA und der ZWA dafür zuständig, über die Auslegung der Satzungen und Ordnungen zu entscheiden. Wenn die Urabstimmung zeitgleich mit der StuPa-Wahl stattfinden soll, ist laut Satzung automatisch der ZWA mit der Durchführung der Urabstimmung betraut, sodass er zeitgleich auch Urabstimmungsausschuss wäre. Eine Wahl für einen separaten Urabstimmungsausschuss hätte auch schon viel früher stattfinden müssen.

Abstimmungsgegenstand: Aufnahme der folgenden Anträge:

Antrag auf Durchführung einer Urabstimmung §31 I. S.2 Nr.1
Abstimmungsergebnis: (15/5/2), damit ist der Antrag angenommen.

	Antrag auf Durchführung einer Urabstimmung §31 I. S.2 Nr.2
1	Abstimmungsergebnis: (11/8/3), damit ist der Antrag angenommen

TOP 3: Feststellung der Tagesordnung

Es werden keine Änderungsanträge gestellt.

Abstimmung über die Tagesordnung: einstimmig. Damit ist die Tagesordnung in der so vorliegenden Form beschlossen.

TOP 4: Berichte aus den Ausschüssen

Es liegen keine Berichte aus den Ausschüssen vor.

TOP 5: Berichte aus dem AStA

Es liegen keine Berichte aus dem AStA vor.

TOP 6: Weitere Berichte

Es liegen keine weiteren Berichte vor.

TOP 7: Besprechung von Protokollen

Es gibt keine Protokolle zu besprechen.

TOP 8: Umbesetzung von Ausschüssen

Umbesetzung von DIE LISTE im Vergabeausschuss:

Christian Froch -> Marie Völkering

Abstimmungsergebnis: einstimmig, damit ist die Umbesetzung angenommen.

TOP 9: Antrag auf Durchführung einer Urabstimmung § 31 I. S.2 Nr.1

Hintergrund: Die Gruppe Fossil Free Münster hat Unterschriften unter den Studierenden gesammelt, um eine Urabstimmung zu den Aktien und Geldanlagen in klimaschädliche Unternehmen wie BP, Gazprom und E.On der Universität Münster herbeizuführen. Die geforderte Anzahl an Unterschriften von 5 % der gesamten Studierendenschaft wurde erreicht.

Die Antragsteller stellen vor:

Das Studierendenparlament möge beschließen, zeitgleich mit den Wahlen zum 59. Studierendenparlament vom 28.11.16-2.12.16, eine Urabstimmung gem. § 31 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 der Satzung der Studierendenschaft der Universität Münster zu folgender Fragestellung durchzuführen:

"Bist du dafür, dass sich die Universität Münster von allen Geldanlagen in klimaschädliche, fossile Unternehmen trennt?"

Diskussion:

GO Antrag auf Rederecht für alle anwesenden Mitglieder von Fossil Free.

Keine Gegenrede.

Antragsteller:

Wir haben insgesamt 3.303 Unterschriften. Das sind mehr als die geforderten 5 % aller Studierenden der Uni.

Matthias Kupke (Präsident des StuPa's):

Diese Stimmen müssen natürlich dann auch noch überprüft werden, ob alle rechtmäßig an der Uni eingeschrieben sind.

GO Antrag auf Rederecht für Niklas (DIE LISTE)

Keine Gegenrede.

Niklas (DIE LISTE):

Seid ihr sicher, dass die Unterschreibenden auch tatsächlich wussten, was sie da unterschrieben haben?

Antragsteller:

Wir sind nach unseren besten Gewissen vorgegangen. Ich finde es ziemlich dreist, dass du den Studierenden unterstellst, die Fragestellung nicht verstanden zu haben.

Marie Völkering (DIE LISTE):

Ich saß in der Vorlesung, wo ihr zu Besuch wart und um Unterschriften geworben habt. Ich finde, es sollte bei der Fragestellung auch von euch darauf aufmerksam gemacht werden, welchen Aufwand und Kosten mit dieser Urabstimmung verbunden sind. Warum genau wollt ihr dieses Vorgehen einer Urabstimmung?

Auftragsteller:

Sinn und Zweck einer Urabstimmung ist für uns, zu zeigen, dass die gesamte Studierendenschaft dahinter steht.

Julian Benninghoff (LHG):

Gab es nicht mal einen Beschluss des StuPas in diese Richtung?

Julian Engelmann (Juso-HSG):

Es gab einen Beschluss vom 21.09.2015, wo wir das Rektorat und das Studierendenwerk aufgefordert haben, Geldanlagen in klimaschädliche Unternehmen und Projekte zurückzuziehen.

Julian Benninghoff:

Wir haben einen Beschluss des Studierendenparlaments dazu. Eine Urabstimmung ist nur dazu da, einen Appell bzw. einen weisenden Beschluss an das StuPa zu richten, abhängig vom Ausgang der Urabstimmung. Das bedeutet, das einzige was bei einer Urabstimmung passiert, ist, dass wir als StuPa in einem erneuten Beschluss an die Uni appellieren, solche Geldanlagen zurückzuziehen. Für mich bedeutet das, dass der Sinn dieser Urabstimmung nicht gegeben ist, da es einen solchen Beschluss letztes Jahr vom StuPa schon gab, d.h. das StuPa steht da auch auf eurer Seite. Ihr wollt damit nur Aufmerksamkeit erreichen, was dieses Thema zwar braucht, aber in keinem Verhältnis zu dem Aufwand und den Kosten steht.

Zudem kann eine Urabstimmung nur zustande kommen, wenn es um grundsätzliche Angelegenheiten der Studierendenschaft geht. Diese Angelegenheit ist keine grundsätzliche Angelegenheit der Studierenden, sondern des Senates bzw. der Universität selbst. Hier hat das StuPa nicht die Kompetenz und Möglichkeit, etwas Nachhaltiges zu beschließen, dazu müsst ihr euch an den Senat wenden. Hier fallen nur horrende Kosten für wenig Wirkung an.

Laura Jane Buschhoff (AStA-Vorsitzende):

Das ist tatsächlich auch uns schon aufgefallen und wurde den Antragsstellern heute Nachmittag kommuniziert. Sie haben sich trotzdem dazu beschlossen, den Antrag heute Abend zu stellen. Ich möchte sagen, dass ihr hier entscheiden und darüber abstimmen könnt, aber ich als Rechtsaufsicht werde den Antrag dann einkassieren und diesen als nicht durchführbar erklären.

Sebastian Kunzmann:

Dürfen wir als StuPa darüber eigentlich entscheiden oder ist mit den 3.000 Unterschriften uns schon vordiktiert, dass wir auf jeden Fall eine solche Urabstimmung durchführen müssen? An Fossil Free: Was ist denn für euch der Mehrwert außer der suggerierten Aufmerksamkeit, wenn

ihr bei einer Wahlbeteiligung von <20 % eine Aussage bekommt, obwohl das gesamte Studierendenparlament schon in eurem Sinne einen Beschluss gefasst hat.

Antragsteller:

Wir sind schon seit mehreren Jahren dabei, die Uni in diese Richtung zu bearbeiten. Mit verschiedenen Gremien zu reden, hat leider wenig gebracht und die Auseinandersetzung mit Senat und Rektorat lieferte keine Ergebnisse. Daher nun dieser Weg einer Urabstimmung. In unseren Augen hat sich durch den Beschluss des StuPas vom Mai wenig getan und nicht viele wissen überhaupt davon.

In unseren Augen ist eine Urabstimmung auch mit Wahlbeteiligung <20 % eine größere Kraft als das Studierendenparlament, da mehr Menschen diesem Antrag direkt unterstützen.

GO Antrag von Marie auf Schließung der Redeliste.

Inhaltliche Gegenrede von Julian Engelmann: Ich würde vorschlagen, die Redezeit nur zu beschränken, da das Thema noch nicht ausdiskutiert ist.

Marie zieht ihren GO Antrag zurück.

GO Antrag von Julian Engelmann auf Beschränkung der Redebeiträge. Keine Gegenrede.

Marie:

Ich möchte euch den Tipp geben, dass ihr Anträge, in den Gremien, die ihr erreichen wollt, klar formuliert und die Problematik und den Sachverhalt transparenter und zusammenfassender darstellt. Ich finde es schade, dass ihr Mitglieder des Studierendenparlaments als dreist bezeichnet und gleichzeitig unsere Legitimität in Frage stellt.

Stephan Övermöhle (CG):

Ich war 2013/2014 Senatsmitglied und habe mich mit euch zusammengesetzt, um den Antrag in den Senat zu bringen. Dort habe ich euch schon gesagt, dass dieser Antrag ohne Weiteres so nicht durchkommen wird. Wenn es euch egal ist und ihr in erster Linie Aufmerksamkeit haben wollt, kann ich euch gerne einen Kontakt in den aktuellen Senat vermitteln.

Damals ist es daran gescheitert, dass ihr nicht inhaltlich mitgearbeitet habt. Wenn man nicht ausführlich mit den Senatsmitgliedern redet und versucht, diese zu überzeugen, wird das nicht funktionieren. Da müsst ihr selber euch an die Nase packen, denn das wäre ein Gremien, das wirklich Befugnisse hätte.

Selma Güney (Juso-HSG):

Ich war auch die letzten beiden Jahre im Senat und fand die Idee eures Antrags gut. Aus Interesse habe ich dann nach weiteren Informationen gesucht und wenig gefunden, das was ich gefunden hatte, hat wenig weitergeholfen. Das war einfach kein Material, mit dem man einen konstruktiven Senatsantrag hätte stellen können. Es gibt für euch die Option, nochmals in den Senat zu gehen und mit unserer Hilfe einen erneuten Antrag zu formulieren.

Antragsteller:

Ihr habt Recht, dass im Senat nicht viel gekommen ist. Wir sind leider nur eine kleine Gruppe und konnten neben der Kampagne dazu nicht viel erreichen. Wir haben das nicht aus den Augen verloren. Unser nächster Schritt nach der Urabstimmung wäre ein erneuter Antrag im Senat, weil wir glauben, dass die Urabstimmung dafür ein wichtiges Instrument der Überzeugung im Senat darstellt. Wir würden uns freuen, wenn wir gemeinsam einen Antrag im Senat formulieren können.

Sebastian Kunzmann:

Wenn man es schafft, über 3.000 Stimmen zu sammeln, schafft man es auch, sich im Senat dafür einzusetzen, die Senatoren zu überzeugen. Ich habe im letzten Jahr in der Finanzkommission des Senats gesessen. Das ist das Gremium, das in einem Kreis von wenigen Leuten solche Aspekte im Senat anbringen kann. Von euch kam allerdings nie eine Anfrage.

Für die heutige Diskussion: Ich würde gerne wissen, wie dieses Vorgehen von Seitens des AStAs oder des Rektorats abgesegnet ist.

Laura Buschhoff:

Der Antrag war auch bei uns sehr kurzfristig eingegangen. Wir sind darauf gestoßen, dass wir nicht berechtigt sind, diese Urabstimmung durchzuführen, d.h. ich würde das als Rechtsaufsicht beanstanden. Wir haben mit den Antragstellern gesprochen und dies kommuniziert. Es ist jetzt die Frage, wie man zukünftig mit diesen Unterschriften nun verfahren kann und diese noch nutzen kann.

Sebastian Kunzmann:

Das war nicht meine Frage. Meine Frage ist, ist die Sammlung der Unterschriften und dieser Antrag eine Zwangs-Regelung, Muss-Kann-Regelung für das StuPa? Wie ist dort die Rechtslage? Müssen wir es dem ZWA heute zuweisen? Hat das StuPa die Legitimierung, diese Urabstimmung abzuweisen oder *muss* diese Abstimmung durch die Unterschriftensammlung stattfinden?

Matthias Kupke:

Wenn dieser Antrag gestellt wird und offensichtlich mehr als 5 % der Studierenden dafür sind, hätte das StuPa meiner Auffassung nach nicht großartig die Möglichkeit, darüber abzustimmen. Nach diesem Paragraphen würde diese Urabstimmung automatisch zustande kommen. Hier haben wir allerdings den Fall, dass der Inhalt und die Rahmenbedingungen der Abstimmung rechtliche Bedenken aufwerfen. Hier könnte man Veto-Recht der Rechtsaufsicht einräumen, um zu sagen, dass der Gegenstand der Urabstimmung nicht in der Form zulässig ist.

Julian Benninghoff:

Es ist der Punkt, dass die Urabstimmung stattfinden muss , wenn die gesammelten Unterschriften mehr als 5% entsprechen. Es ist aber auch geregelt, wann eine Urabstimmung erst stattfinden *kann* und da sehe ich nach meiner Auffassung die Voraussetzungen nicht für erfüllt an.

Matthias:

Das StuPa kann das nicht feststellen, dafür haben wir den AStA mit der Rechtsaufsicht. Mein Verfahrensvorschlag wäre, dass der Antrag jetzt so durch das StuPa geht und der AStA dann die Richtigkeit beanstandet.

Antragsteller:

Uns wurden diese Zweifel an der Rechtmäßigkeit auch erst heute mitgeteilt. Wir sind der Meinung, dass ein Thema wie der Klimawandel uns als Studierende auch mit betrifft. Von daher sehen wir dann doch die Rechtmäßigkeit und die Zuständigkeit der Studierenden. Wir möchten das weiterhin beantragen, aus dem Grund, dass die rechtlichen Schritte nicht so ganz klar sind. Wir möchten von Fossil Free auf der sicheren Seite sein und die Richtigkeit in vollem Ausmaße prüfen zu lassen.

GO Antrag von Julian Benninghoff auf Vertagung der Anträge.

Begründung: Aufgrund der rechtlichen Lage ist eine Entscheidung nun sehr kurzfristig und wäre über den Zaun gebrochen.

Gegenrede von Matthias: Da der AStA Bedenken anmeldet, hätte diese Beanstandung schon eine aufschiebende Wirkung, auch wenn wir ihn heute beschließen.

Julian Benninghoff zieht den GO Antrag zurück.

Sebastian Kunzmann:

Mir ist auch nicht klar, wie wir verfahren sollten. Sollen wir vertagen oder uns nicht befassen? Beschließen wir es diese Woche, müssen wir jetzt dem Wahlausschuss irgendwas übereilt übertragen. Befassen wir uns damit nächste Woche, müssen wir ein komplett neues Urabstimmungs-Wahlteam abstellen und es wird deutlich teuer. Oder wäre es eine Idee, den Antrag erst einmal zurückzuziehen und ihn ggf. im Juli bei der Zusammenlegung der Wahlen noch einmal einzubringen?

Laura Buschhoff:

Wenn wir es vertagen, behandeln wir es nächste Woche. Wenn es heute beschlossen und von mir beanstandet wird, behandeln wir es auch nächste Woche.

Sebastian Philipper:

Zu den allgemeinen Angelegenheiten der Studierendenschaft: Das ist in meinem Fall zum Thema Atomkraft in einer Anzeige vor dem Verwaltungsgericht geendet. Das allgemeinpolitische Mandat haben wir als Studierende leider nicht. Wenn man jetzt über den Senat gehen würde und dort die Angelegenheit konstruktiv vorträgt, ist es meiner Ansicht nach ertragreicher.

Marie:

Auf eurer Website habt ihr scharfe Worte verwendet und verweist auf eine Urabstimmung, die noch nicht mal durchgeführt worden ist. Warum macht ihr das?

Antragsteller:

Wir sind von der rechtlichen Auffassung ausgegangen, dass, wenn die Unterschriften vorliegen, kein Widerstand zu erwarten ist.

GO Antrag von Julian Benninghoff auf Vertagung des Antrags.

Abstimmungsgegenstand: GO Antrag

Abstimmungsergebnis: (11/7/1), damit ist dieser TOP vertagt.

TOP 10: Antrag auf Durchführung einer Urabstimmung § 31 I. S.2 Nr.2

Das Studierendenparlament möge beschließen, zeitgleich mit den Wahlen zum 59. Studierendenparlament vom 28.11.16-2.12.16, eine Urabstimmung gem. § 31 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 der Satzung der Studierendenschaft der Universität Münster zu folgender Fragestellung durchzuführen:

"Bist du dafür, dass sich die Universität Münster von allen Geldanlagen in klimaschädliche, fossile Unternehmen trennt?"

Diskussion:

GO Antrag von Julian Benninghoff auf Vertagung.

Gegenrede von Myro Kerler:

Sind nun Änderungen an dem Antrag seitens der Antragsteller geplant?

Abstimmungsgegenstand: GO Antrag

Abstimmungsergebnis: (11/9/2), damit ist dieser TOP vertagt.

TOP 11: Gescheiterte Satzungsänderung der Vetretungsregelung

Dieser Tagungspunkt wird seitens des Präsidiums vertagt.

TOP 1: Anträge auf Vergabe von Darlehen und Zuschüssen

Es liegen keine Anträge vor.

TOP 1: Stundungs- und Ratenminderungsanträge

Es liegen keine Anträge vor.

TOP 1: Rechtsschutzanträge

Es liegen keine Anträge vor.

Alle weiteren Tagesordnungspunkte werden auf die nächste Sitzung vertagt.

Für die inhaltliche Richtigkeit des Protokolls,

Maren Irle